

**A N F R A G E** von Judith Bellaiche (GLP, Kilchberg) und Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon)

betreffend      Wie weiter mit dem Mehrwertausgleich?

---

Das revidierte Raumplanungsgesetz sieht vor, dass aus Gründen der Gerechtigkeit und Lastengleichheit Vor- und Nachteile aufgrund von räumlichen Planungsmassnahmen ausgeglichen werden. Das heisst, dass finanzielle Vorteile, die dem Eigentümer durch Ein- und Aufzonungen zuteil werden, angemessen ausgeglichen werden müssen.

Die Gemeinden im Kanton Zürich haben ein grosses Interesse an diesem Ausgleich, denn zunehmend müssen sie aufgrund von Ein- und Aufzonungen sehr viel mehr leisten und Infrastruktur bereitstellen, ohne dafür etwas zu erhalten. Weil im Kanton Zürich noch kein Gesetz in Bezug auf Mehrwertausgleich in Kraft ist, weichen die Gemeinden immer öfter auf privatrechtliche Vereinbarungen aus. Viele Beispiele im Kanton Zürich, wie etwa der Glattpark, der Leutschenpark, das Kochareal oder der Mythenquai zeigen, dass zwischen Eigentümer und Gemeinde ein erhebliches und gegenseitiges Interesse besteht, einerseits einen Mehrwert zu ermöglichen und andererseits diesen angemessen zu teilen.

Auch aus raumplanerischer Sicht ist es durchaus bedeutsam, dass Liegenschaften verdichtet resp. aufgezonnt werden können, ohne dass den Gemeinden unverhältnismässige Lasten entstehen und deshalb Projekte auf Widerstand stossen und nicht realisiert werden können.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist dem Regierungsrat bewusst, dass die Kantone innert fünf Jahren nach Inkrafttreten des RPG den Mehrwertausgleich geregelt haben müssen?
2. Hat der Regierungsrat die Formulierung der Gesetzesvorlage an die Hand genommen?
3. Wenn ja, welche sind die Kerninhalte der Gesetzesvorlage, insbesondere bezüglich Höhe und Abwicklung des Mehrwertausgleichs?
4. Bis wann gedenkt der Regierungsrat, dem Kantonsrat die entsprechende Regelung vorzulegen?
5. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass dem Kanton Sanktionen drohen, wenn der Mehrwertausgleich nicht innerhalb der vorgesehenen Frist geregelt wird?
6. Wie schätzt der Regierungsrat die Auswirkungen dieser Sanktionen auf die Raumplanung im Kanton Zürich ein?

Judith Bellaiche  
Andreas Hasler